

Stadt Braunschweig

TOP

Der Oberbürgermeister FB Schule	<i>Drucksache</i> 13894/10	<i>Datum</i> 27.12.2010
------------------------------------	-------------------------------	----------------------------

1. Ergänzung zur Vorlage 13894/10

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>			<i>Beschluss</i>			
	<i>Tag</i>	Ö	N	ange- nom- men	abge- lehnt	geän- dert	pas- siert
Jugendhilfeausschuss	13.01.2011	X					
Verwaltungsausschuss	15.02.2011		X				
Rat	22.02.2011	X					

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen Fachbereich 20, Fachbereich 51, Fachbereich 65	Beteiligung des Referates 0140 <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d.StBzR <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein
---	---	--	---

Überschrift, Beschlussvorschlag

Konzept zur Umwandlung von Schulen in Ganztagschulen**- Beschlussvorschlag unverändert -**

Begründung:

Der Schulausschuss hat die Ursprungsvorlage vom 9. November 2010 in seiner Sitzung am 17. Dezember 2010 beraten. In die Beratungen wurden die finanzwirksamen Anträge Nr. 69 und 97 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushaltsentwurf 2011 zum selben Gegenstand mit einbezogen. Der Schulausschuss ist der Empfehlung der Verwaltung mit der als Anlage 1 beigefügten Ergänzung des Beschlussvorschlages gefolgt.

Die Ergänzung des Beschlussvorschlages hat den Beginn des Ganztagsbetriebs in zwei weiteren Grundschulen zum Schuljahresbeginn 2012/2013 zum Ziel. Entsprechende Anträge auf Genehmigung des Ganztagsbetriebs müssten bei der Landesschulbehörde bis zum 1. Dezember 2011 mit der verbindlichen Aussage gestellt werden, dass der Schulträger die notwendige Infrastruktur schafft. Insofern müssten die benötigten Mittel bereits im Haushalt 2011 zur Verfügung stehen. Zurzeit liegen die Grundlagen für die Ermittlung der notwendigen Mittel (pädagogische Konzepte, Raumkonzepte und Bauplanungen) nicht vor und können auch nicht bis zur Haushaltslesung erstellt werden.

Eine Aufnahme der noch zu ermittelnden Investitionen in den Haushalt 2012 würde aber einen Beginn des Ganztagsbetriebs schon zum Schuljahr 2012/2013 wegen der genannten Antragsfrist und der notwendigen Bauzeit nicht zulassen.

Die Verwaltung hält ihren ursprünglichen Beschlussvorschlag deshalb aufrecht und empfiehlt, der ergänzten Beschlussfassung des Schulausschusses nicht zu folgen.

Der Schulausschuss hat außerdem darum gebeten, die Begründungen der befragten Schulen, die sich gegen eine Umwandlung in Ganztagschulen ausgesprochen haben, mitzuteilen. Diese Begründungen sind in der Anlage 2 dargestellt.

I. A.

gez.

Winkler

Anlagen